



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/16 - 20.1.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Bonner Brunnenvergiftung	S. 1
Am Beispiel Jugoslawiens	S. 3
Zum 10. Todestag von Ludwig Schwab und Theodor Haubach	S. 4
USA - UdSSR im Gallup	S. 6

## Politische Hinterhältigkeiten

sp - Wenn jemand seinen Gegner zu schädigen versucht, indem er Dritte verleitet, Unwahrheiten über ihn zu verbreiten, so handelt er nach allgemeiner Auffassung charakterlos. In der Politik, wo unwahre Behauptungen durch Presseveröffentlichung gleich von Millionen gelesen werden, ist ihre Verbreitung hinterhältig und verwerflich. Es ist wahrhaft bedauerlich, dass sich gerade in der Bundeshauptstadt Bonn zahlreiche Quellen für eine politische Brunnenvergiftung befinden.

In der vergangenen Woche erschienen Meldungen in den Tageszeitungen, die - wären sie wahr und ernstzunehmen - Zweifel am absoluten Ernst der Haltung der SPD zu den Verträgen zuließen. Sie gewinnen besondere Bedeutung dadurch, dass die SPD gerade in diesen Tagen eine großangelegte Aufklärungsaktion über die Folgen der Verwirklichung der Pariser Verträge für eine deutsche Wiedervereinigung angekündigt hat.

Da wurde z.B. behauptet, CDU-Wehrexperthen ventilierten den Gedanken, den SPD-Abgeordneten Fritz Erler mit den Aufgaben eines parlamentarischen Inspektors der Streitkräfte zu betrauen. In zahlreichen Zeitungen erschien ferner die Nachricht, der Staatssekretär im nordrheinwestfälischen Justizministerium, Bleibtreu, der der SPD angehört, sei als Staatssekretär für das künftige Vertei-

digungsministerium in Aussicht genommen. Keiner der Beiden hatte bis dahin das Geringste von diesen Plänen erfahren.

Kurz darauf verbreitete ein als CDU-Propagandaquelle seit langem bekannter Informationsdienst ein angebliches Interview mit dem Bremer Bürgermeister Kaisen und dem Chefredakteur der "Rhein-Neckar-Zeitung", Dr. Knorr. Zweifellos sollte mit dem Interview der Eindruck erweckt werden, dass es der SPD mit ihrer Aktion gegen die Ratifizierung der Verträge nicht ernst sein könne, wenn so namhafte Sozialdemokraten selbst ihr keine Bedeutung beimessen. Beide Befragte hatten jedoch überhaupt kein Interview gegeben! Ihnen waren lediglich in Ferngesprächen Fragen gestellt worden, zu denen sie sich ohne schriftliche Vorbereitung und ohne Kenntnis davon, dass über das Gespräch in der Presse ein "Interview" erscheinen würde, äußerten. Beide distanzieren sich von den unfairen journalistischen Praktiken jenes "Informationsdienstes".

Ähnlich erging es dem Vizepräsidenten des Bundestages, Prof. Carlo Schmid, zu dessen Überraschung in zahlreichen Zeitungen Sätze über ein von ihm vor dem "Rhein-Ruhr-Club" gehaltenes Referat wiedergegeben wurden, die darin überhaupt nicht enthalten waren. Die auf eine später an ihn gerichtete Frage erteilte, aus dem Stegreif gegebene Antwort dagegen wurde als der angeblich wesentliche Inhalt seines Referats sensationell aufgemacht.

Es wäre zuviel verlangt, in obigen Beispielen Zufälle zu sehen. Hier deutet sich vielmehr eine Methode des politischen Kampfes an, gegen die sich die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte oft zu wehren hatte. Man wird sich der CDU-Methoden im Bundestagswahlkampf 1953 erinnern, die damals weit über die SPD hinaus als Verwilderung der politischen Sitten Ablehnung gefunden hatte. Es wäre im Interesse der Sauberkeit des politischen Lebens tief bedauerlich, wenn die Auseinandersetzung wieder auf jenes Niveau absinken würde, womit am Ende höchstens den Radikalen von links und rechts Wasser auf die Mühlen geleitet würde.

### Djilas' innerer Konflikt

Am 24. Januar soll, wie es heißt, der Prozess gegen die beiden bekannten jugoslawischen Politiker Djilas und Dedijer beginnen.

Die Wiener "Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht eine Erklärung, die Djilas anlässlich eines Besuchs indischer Sozialisten in Jugoslawien im September 1954 abgab. Das war zwei Monate vor seinem "New York Times" Interview, das ihn in Konflikt mit seiner Regierung brachte. Die Erklärung zeigt mittelbar die eigentliche Substanz des inneren Zwiespalts auf, durch den dieser Politiker in Gegensatz zu den offiziellen Anschauungen geraten ist.

"Nirgends in der Welt gibt es heute einen Platz, der nicht irgendwie einen aktiven Anteil am geschichtlichen Werden hätte. Das Schicksal der Erde hängt nicht länger bloß an Europa, Amerika oder Rußland, sondern an ihrer Totalität, am Erdganzen. Heute ist jede Nation zum Subjekt der Geschichte geworden. Auf solche Art hat sich die Weltspirale verwickelt, aber auch um so fester verknüpft. Jede Nation ist von einer moralischen und materiellen Umgestaltung erfasst und dies ist das gemeinsame Merkmal aller Nationen, wie sehr auch die Überbleibsel einer vergehenden alten Welt dem noch im Wege stehen mögen.

Die Tatsache, dass diese Umwandlung stattfindet, während noch alte Ideologien und alte soziale Formen existieren, beweist, dass die alte Welt immerhin noch da ist und eben deshalb verändert werden muß. Ich meine die Welt des Kolonialismus, auch des Kolonialismus in seiner neuen Form, in der Form der finanziellen Beherrschung, wobei die politische Souveränität nur als eine Fiktion aufrechterhalten wird. Ich meine die Welt des ideologischen Monopolismus und bürokratischen Despotismus, und schließlich die Welt der nationalen, wenn auch demokratisch auftretenden Enge. Die Vereinheitlichung der Welt ist also nicht bloß von wachsender Freiheit und Gleichheit der Nationen begleitet, sondern auch von machtvollen Überresten der Vergangenheit. Die Welt ist mehr denn je zuvor eine Einheit und doch zu gleicher Zeit durch Zwist und Hader mehr zerissen als je. Das ist also heute der Raum, in dem wir kämpfen müssen: für die Einheit durch Freiheit und Gleichheit der arbeitenden Menschen, gegen ideologischen, materiellen und politischen Monopolismus.

### Gegen den Monopolismus

Die neue Welt, die so unter Schmerzen geboren wird, kann weder eine Welt des Kapitalismus noch eine Welt des monopolistischen Bürokratismus sein. Sie muß eine Welt der Freiheit und des Sozialismus werden, und der Weg dazu muß bereitet werden durch Ideen und Schöpfungen des Geistes, die stets das Ganze im Auge haben, auch wenn und weil ihr Ausgangspunkt innerhalb nationaler Grenzen und nationaler

Voraussetzungen liegt. Nur solchen Ideen und Bewegungen, die dies begreifen, gehört die Zukunft, ungeachtet der Schwierigkeiten, ja der scheinbaren Aussichtslosigkeit, die ihnen die Gegenwart bietet.

Es ist Zeit, dass der demokratische Sozialismus - als dazu allein fähig und berufen, weil er weder einen privaten noch einen staatlichen Wirtschaftsmonopolismus vertritt - der Fahnenträger im Kampf gegen ideologischen, politischen und materiellen Monopolismus werde. Sein Programm ist: Gleichheit der Völker durch materielle Hilfe für die Unterentwickelten, Friede auf der Grundlage von Brot und Freiheit für die Nationen und für die arbeitenden Menschen, Kampf gegen Hunger und gegen ein unstabiles "Gleichgewicht der Mächte".

Nichts kann diese Ideen oder diesen Kampf zerstören oder zum Stillstand bringen, weil sie aus der Realität selbst erwachsen, aus der unwiderstehlichen Sehnsucht, unterschiedslos allen monopolistischen Erscheinungen ein für allemal ein Ende zu machen und ein normales menschliches Leben zu führen, Herz an Herz, Gedanke an Gedanke, ohne Unterschied von Rasse, Sprache und Nation.

Die Kämpfer für diese Ideale rücken zusammen und müssen sich sammeln, ohne dass es einer besonderen Vereinbarung und eines gegenseitigen Kontakts bedarf. Die alte Welt ist für sie ein Alpdruck, die neue ruft sie auf zu Brüderlichkeit und Einheit.

\* \* \*

#### Kämpfer für die Freiheit

23. Januar 1945: Schwarz und Haubach hingerichtet

F.M. In Häftlingsanzügen, ohne Hemden, Holzpantinen an den nackten Füßen und mit gefesselten Händen, betraten sie den weissgetünchten, niederen Raum. Ein Dutzend S-Haken baumelten an der Schiene, die kurz unterhalb der Becke lief. Filmapparate surrten und von ihren Strahllampen ging eine fürchterliche Hitze aus. Grinsende Henker zerrten die Männer brutal unter die Schiene, legten jedem einen dünnen, kurzen Strick um den Hals, rissen ihnen die Zuchthauskittel vom Leibe und die Körper hingen nackt und unter furchtbaren Schmerzen um sich schlagend an den Fleischerhaken.

So starben die ersten zehn der Männer des 20. Juli und so wie sie gingen den gleichen Weg, erduldeten die gleichen Qualen und zeigten die gleiche Haltung neben Hunderten anderer die Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner, Dr. Leber, Prof. Reichwein, Hermann Mass (Dr. Carlo Mierendorff kam ein Jahr vorher bei einem Fliegerangriff ums Leben) und ebenso groß im Sterben waren auch am 23. Januar, heute

20.1.1955

vor zehn Jahren, Staatsrat Ludwig Schwamb und Dr. Theodor Haubach.

Ludwig Schwamb, geboren in dem rheinhessischen Dorf Undenheim, war 54 Jahre alt, als ihn die Henker zur Hinrichtungskammer nach Floetzensee brachten. Er gehörte wie seine Parteifreunde dem Kreisauer Kreis an, jener Gruppe, die zu den bedeutendsten der Widerstandsbewegung zählte und sich um den Grafen Moltke geschart hatte. Für Ludwig Schwamb, den Menschen mit der grenzenlosen Güte, dem aufrechten und mutigen Charakter konnte es nach seiner Entlassung aus dem hessischen Staatsdienst keine andere Möglichkeit geben, als sich den illegalen Kämpfern anzuschließen, die das ihm so verhaßte und verlogene Regime mit all seiner Grausamkeit beseitigen wollten. Sein Weg führte ihn über Mainz nach Berlin und als dann seine engsten Freunde Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Julius Leber und so mancher andere, Freunde bis in den gemeinsamen Tod hinein, nach und nach aus den KZ zurückkehrten, ungebrochen an Geist und Seele und besessen von der Idee zum aktiven Widerstand, da wurde von diesen Männern der Kampf um die Selbstbefreiung Deutschlands aufgenommen und schon 1938 leisteten sie den Schwur: "Zum Gelingen oder Verderben."

Klares politisches Denken und kluges Handeln ließen Ludwig Schwamb zur treibenden Kraft in der Oppositionsgruppe werden, aber zugleich leistete er auch mit der ihm eigenen Ruhe und Besonnenheit einen fruchtbaren Widerstand, wenn es galt, an Stelle überstürzter Handlungen erst nüchterne Erwägungen zu setzen. Das war Ludwig Schwamb, ein Sozialist und Demokrat, ein Streiter für Frieden und Freiheit, treu und tapfer. In einem seiner letzten Briefe an seine Frau begegneten wir ihm wieder in seiner ganzen Größe an der Stelle, wo er, das Todesurteil in Händen, schreibt: "Jetzt gilt es, sich zu bewähren". Und Ludwig Schwamb hat sich bewährt wie Tausende seiner Schicksalsgefährten, als Mensch und Politiker. Man hat ihn nach seiner Hinrichtung in ein Massengrab geworfen. Für seine Lieben ist er nicht tot, aber ebenso wenig ist er es für die Sozialdemokratische Partei, so wenig wie es Leuschner, Mierendorff, Leber und Haubach sind. Diese Namen, die in langer Reihe fortgesetzt werden könnten, diese genarterten und entseelten Körper sind die lebendigsten Zeugen für den

Tribut, den die Sozialdemokratie zur gesamten Widerstandsbewegung und zum 20. Juli geleistet hat. Es ist nicht von ungefähr, dass die Widerstandsgruppen aus Offiziers- und bürgerlichen Kreisen nach einer engen Verbindung mit sozialdemokratischen Persönlichkeiten suchten. Sie hatten erkannt, dass allein die sozialistischen Führer in der Lage waren, der Umsturzbewegung eine umfangreiche Resonanz im Volke zu verschaffen. So war es die Sozialdemokratische Partei, die mit ihren Persönlichkeiten und der mit ihr verbundenen Volksmasse der Widerstandsbewegung ihr Gepräge gab.

Die Sozialdemokratische Partei hat im Kampfe gegen Hitler ihre besten Männer verloren. Die durch den Terror in ihren Reihen gerissenen Lücken werden aber heute schon wieder ausgefüllt durch all diejenigen, denen das Leben ihrer ermordeten Freunde Vorbild war. Ihr Werk wird fortgesetzt, in neuen Kämpfen für die Befreiung der Unterdrückten, für Gerechtigkeit und Frieden.

\* \* \*  
USA - UdSSR im Gallup

Die führende französische Zeitung "Le Monde" veröffentlichte dieser Tage das Ergebnis einer in den USA vom Gallup-Institut veranstalteten Umfrage:

"Glauben Sie, dass es ein guter oder ein schlechter Gedanke für Amerika wäre, im heutigen Zeitpunkt die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen?"

Die Antworten ergaben folgendes Bild:

Eine schlechte Idee . . . . .	65 %
Eine gute Idee . . . . .	21 %
Keine Meinung . . . . .	14 %

Es wird dazu ergänzend mitgeteilt, dass die Antworten sich ungefähr gleichmäßig auf Demokraten und Republikaner verteilen. Unter den Befragten, die politisch auf einer höheren Stufe stehen, waren es führende Persönlichkeiten der Republikaner, die sich für einen Bruch der diplomatischen Beziehungen zu Moskau aussprachen. Während 26 % der über 50jährigen die Idee eines Bruches mit Moskau für gut hielten, waren es unter den 21 - 25jährigen nur 13 %.

Eine zweite Umfrage ergab eine Mehrheit von 2 : 1 für eine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion. - - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau